

## I2 Innenpolitische Wende

Gremium: Jusos Jena  
Beschlussdatum: 16.05.2023

### Antragstext

1 Thüringen hat ein Polizei- und Justizproblem. Die Thüringer Polizei hat, das  
2 illustriert der Prozess gegen Thorsten Czupon (AfD) und die Vorgänge in Gera am  
3 Tag der Arbeit eindrücklich, ein massives Problem mit rechtsextremen  
4 Polizist:innen. Wir müssen jetzt handeln, um diese Personen zeitnah aus dem  
5 Polizeidienst zu entfernen. Die Jusos Thüringen fordern die SPD Thüringen auf,  
6 sich noch in dieser Legislaturperiode für eine **Änderung des Thüringer**  
7 **Beamten-gesetz** einzusetzen, um Polizist:innen die durch rechtsextreme Äußerungen  
8 oder Handlungen auffallen, Mitglied von „Chatgruppen“ oder der faschistischen  
9 AfD sind rechtssicher und zeitnah aus dem Polizeidienst zu entfernen. Zusätzlich  
10 schafft der Landtag die Möglichkeit, um **Kronzeugenprogramme** für Polizeibehörden  
11 zu schaffen. So können Beamt:innen die etwa Mitglied einer rechtsextremen  
12 Chatgruppe sind, solche Vorfälle künftig melden und im Gegenzug mit reduzierten  
13 disziplinar- und strafrechtlichen Sanktionen rechnen.

14 Zusätzlich müssen wir feststellen, dass in der Thüringer Polizei ein  
15 problematisches Korpsdenken vorherrscht. Polizist:innen weigern sich selbst bei  
16 Gewaltdelikten effektiv gegen andere Polizist:innen zu ermitteln. Zugleich  
17 können vor Gericht ganz regelmäßig Falschaussagen von Polizist:innen beobachtet  
18 werden, um andere Beamte vor Strafverfolgung zu schützen. Gleichzeitig ermitteln  
19 bei einer Strafanzeige gegen Polizist:innen immer noch die Polizist:innen selbst  
20 oder Kolleg:innen, teils aus derselben Dienststelle gegen die Beschuldigten. Das  
21 hat erhebliche Folgen: Personen, die Opfer von Polizeigewalt sind, trauen sich  
22 aus Angst vor staatliche Repressionen oft nicht Anzeige zu erstatten.[\[1\]](#) Um hier  
23 ein rechtsstaatliches Verfahren sicherzustellen, das die Rechte der Bürger:innen  
24 schützt, brauchen wir eine unabhängige Behörde die gegen Polizist:innen  
25 ermittelt. Das Modell des „Thüringer Polizeibeauftragten“ ist gescheitert. Es  
26 genügt nicht, eine Ansprechperson zu schaffen, die die Ermittlung dann doch  
27 wieder an die Polizei abgibt, wo die Ermittlungen wieder versanden. Deswegen  
28 wiederholen wir unsere Forderung nach einer unabhängigen, nicht dem  
29 Innenministerium unterstellten Stelle, die gegen Beschuldigte Polizist:innen  
30 ermittelt. **Kommt es zu einer Verurteilung müssen Beamt:innen grundsätzlich in**  
31 **den Innendienst versetzt werden und sofern die Voraussetzungen vorliegen, auch**  
32 **aus dem Dienst entfernt werden.** Wer einmal rechtswidrige Gewalt gegenüber  
33 Bürger:innen ausübt, soll nicht in erneut in die Lage versetzt werden, so zu

34 handeln. **Zusätzlich schafft der Landtag die gesetzlichen Voraussetzungen für ein**  
35 **Whistleblowerprogramm.** Hier erhalten Polizist:innen, die rechtswidriges  
36 Verhalten auf Seiten ihrer Kolleg:innen feststellen, die Möglichkeit, dieses  
37 anonym zu melden, ohne sich dem sozialen Druck und gewalttätigen Repressalien  
38 von Kolleg:innen auszusetzen. Die entsprechende Meldung wird dabei bestenfalls  
39 gar nicht und wenn überhaupt nur anonymisiert in polizeiliche Datenbanken wie  
40 INPOL etc. eingetragen.

41 [\[1\]https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)  
42 [singelnstein-kviapol](https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-05/polizeigewalt-studie-tobias-singelnstein-kviapol)

### **Begründung**

Erfolgt mündlich.